

Berufsfeuerwehr Oberhausen
Brücktorstr. 30

46047 Oberhausen, 06.10.2003
Interessenvertreter BF Oberhausen:

Offener Brief

Michael Böcker
Jörg Brandenburg
Günter Friedrich
Thomas Schulte zur Hausen

An den Innenminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Herrn Dr. Fritz Behrens
Haroldstr. 5

42213 Düsseldorf

über den Oberbürgermeister der Stadt Oberhausen
Herrn Burkhard Drescher
– persönlich –

Verletzung der Fürsorgepflicht gegenüber den Beamtinnen und Beamten der Berufsfeuerwehren im Land NW

Sehr geehrter Herr Innenminister,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Kollegen der Berufsfeuerwehr Oberhausen sind nicht mehr in der Lage weitere Kürzungen hinzunehmen.

Wir wehren uns gegen einseitige Sonderopfer, die in einer langen Kette von Maßnahmen immer den öffentlichen Dienst und die dort beschäftigten Kolleginnen und Kollegen - gleichwohl Beamte als auch Arbeitnehmer- treffen.

Die nunmehr geplanten Einschnitte und Kürzungen bringen das Fass zum überlaufen und demotivieren die Kolleginnen und Kollegen, die mit viel Engagement und Einsatz ihren Dienst an den Bürgern und Besuchern in den Kommunen erbringen.

90 % aller Feuerwehrbeamten sind im mittleren Dienst beschäftigt. Es ist für uns nicht nachzuvollziehen, warum die Feuerwehrbeamten einer so schlechten Bezahlung unterliegen. Weitere Kürzungen sind für uns ein Schlag ins Gesicht.

Wir wehren uns gegen:

1. Kürzung des Weihnachtsgeldes
2. Streichung des Urlaubsgeldes
3. Erhöhung der Wochenarbeitszeit

Neben diesen Einschnitten werden die Kollegen der Berufsfeuerwehr Oberhausen durch die Auswirkungen der katastrophalen Finanzlage der Stadt doppelt belastet. In Oberhausen befinden sich zzt. etwa 55 % der Kollegen in der Besoldungsstufe A7. Die Wartezeit für eine Beförderung in die Besoldungsgruppe A8 liegt, trotz immer fortlaufender Qualifizierung, zwischen 20 und 25 Jahren.

Schon durch den Erlass des Innenministers vom 04.06.2003 werden Beförderungen noch mal restriktiv eingeschränkt – Einhaltung einer Sperrfrist von mindestens zwei Jahren; Beförderungskorridor von nicht höher als 2,5% der besetzten Planstellen -. Wenn jedoch einzelne Punkte aus dem Düsseldorfer Signal realisiert werden – Erhöhung der Wochenarbeitszeit; Streichung des Urlaubsgeldes; Absenkung des Weihnachtsgeldes – dann ist keine Motivation mehr vorhanden.

Unserer Meinung nach kann man so nicht mit Menschen umgehen, die täglich Gesundheit und Leben für die Bürger aufs Spiel setzen!

Weitere Kürzungen sind für die Kollegen überhaupt nicht nachvollziehbar, da sowohl die Stadt Oberhausen als auch alle Kolleginnen und Kollegen in den letzten Jahren enorme Anstrengungen unternommen haben, um Haushaltskonsolidierung zu betreiben.

Dies hat insbesondere zur Arbeitsverdichtung – die Einsatzzahlen sind in den letzten 10 Jahren um 70% gestiegen - und auch zur Übernahme höherwertiger Tätigkeiten ohne entsprechende Bezahlung geführt. Außerdem erbringen wir viele freiwillige Leistungen, die überhaupt nicht bezahlt werden.

Wenn die Kolleginnen und Kollegen jetzt nicht mehr befördert werden können und in absehbarer Zeit keine berufliche Entwicklung mehr erfahren, strafen Sie all jene ab, die sich in der Vergangenheit um die Sanierung des städtischen Haushalts, die Aufrechterhaltung der Sicherheit und des Bürgerservices gekümmert und verstärkt eingesetzt haben.

Da der Dienstherr nach unserer Ansicht nicht mehr seiner Fürsorgepflicht nachkommt, sind die Kollegen der Berufsfeuerwehr Oberhausen nicht mehr bereit freiwillige Leistungen zu erbringen.

Dies betrifft:

1. die Bereitschaft, ständig in der Freizeit über einen Funkmeldeempfänger erreichbar zu sein, um im Falle eines erhöhten Einsatzaufkommens für die Stadt zur Verfügung zu stehen,
2. über die reguläre Dienstzeit hinaus die gesetzlich vorgeschriebenen Wiederholungsstunden der Rettungsassistenten, der Höhenretter und der Taucherstaffel aus der Freizeit heraus zu leisten,
3. die Bereitschaft, Sicherheitswachen, im Bezug auf die Versammlungsstättenverordnung, aus der Freizeit heraus zu stellen,
4. die Bereitschaft, Krankenferntransporte außerhalb der Dienstzeit zu gewährleisten,
5. die Bereitschaft, die Gebäudewartung und –unterhaltung für die Stadt zu leisten,
6. die Bereitschaft, in Zukunft „nicht feuerwehrspezifische Aufgaben“ zu übernehmen.

Die Kollegen der Berufsfeuerwehr Oberhausen werden Ihnen – Herr Drescher – die Funkmeldeempfänger übergeben und die unter Punkt 1 beschriebene Leistung ab sofort nicht mehr anbieten.

Wir behalten uns ausdrücklich vor, mit weiteren Aktionen auf die unsozialen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen der Berufsfeuerwehren, die gleichermaßen die Bürgerinnen und Bürger treffen, hinzuweisen.

Wir fordern, dass unsere Leistung bei der Feuerwehr endlich entsprechend bewertet und der Stellenplan entsprechend verbessert wird. Auch auf Landesebene müssen die Berufsfeuerwehren endlich gesondert – ähnlich wie die Polizei – anerkannt und behandelt werden.

Sehr geehrter Herr Drescher, wir hoffen zum einen auf Ihre Unterstützung gegenüber dem Land NRW und zum anderen, dass Sie die hiermit ausgesprochene Einladung zu einem Gespräch annehmen. Vielleicht ist es möglich, die unter den vorgenannten Punkten 1 bis 6 genannten Leistungen weiter aufrechtzuerhalten. Weder für uns, noch für die Stadt und schon gar nicht für die Bürger wäre ein Wegfallen dieser Leistungen wünschenswert.

Sehr geehrter Herr Innenminister, wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie bei den weiteren Planungen des Landes die besondere Situation der Berufsfeuerwehren berücksichtigen könnten. Über eine Stellungnahme Ihrerseits würden wir uns sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Die Interessenvertreter der Kollegen der Berufsfeuerwehr Oberhausen

1. Den Kolleginnen und Kollegen z.K.
2. Den Oberhausener Medien mit der Bitte um Information der Öffentlichkeit
3. Dem WDR mit der Bitte um Information der Öffentlichkeit
4. Den RTL News mit der Bitte um Information der Öffentlichkeit